

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: 12 Pf. Einzelpreis: 10 Pf. (Postzusatz 2 Pf.)
Halle, Donnerstag, 19. Mai 1932

Mit der Illustrierten Arbeiterzeitung
Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Pf. im Textfeld. Sonntags: 20 Pf. für den mm Höhe und Spalte. Halle-Merseburger
Gesellschaft: Leipzig 1931 71 Halle-Merseburger
Gesellschaft: Halle; Commerce- und Privat-Post Halle. Postfach: Leipzig 1931 71 Halle-Merseburger
Gesellschaft: Halle; Commerce- und Privat-Post Halle. Postfach: Leipzig 1931 71 Halle-Merseburger
Gesellschaft: Halle; Commerce- und Privat-Post Halle. Postfach: Leipzig 1931 71 Halle-Merseburger

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Donnerstag, 19. Mai 1932

12. Jahrgang Nr. 115

Brüning und Schleicher beraten Notverordnungen

Faschistischer Militärerrat diktiert in Japan

Neue Regierungsbildung in Tokio — Verstärkte Faschisierung Deutschlands — Kriegsgefahr, drohend wie noch nie

Wie aus Tokio berichtet wird, wird die Regierungsbildung demnächst nach den Forderungen der Generale erfolgen. Der bisherige Innenminister Sozuzi, der mit den „Schwarzen Drachen“ unter einer Decke stehe, wird verjagt, unter dem Namen eines „überzeitlichen“ wird ein Militärkabinett zu bilden. Da auch verfassungsgemäß der Kriegsminister ein Offizier und vom Militärerrat ausgewählt sein muß, haben es die Generale auch formell in der Hand, sein Kabinett, das ihnen mißfällt, den Kriegsminister zu verweigern und nur einem ihnen genehmen Kabinett einen der Generale als Kriegsminister zu stellen.

Tatsächlich diktiert der Militärerrat, der unter Führung des faschistischen Generalstabschefs Jengaburo steht, und es ist kein Zweifel, daß er seine Forderung nach Bildung eines Militärkabinetts faktisch durchsetzen wird. Dieses Militärkabinett soll einen „hohen Kurs nach innen und außen“ durchführen. Das bedeutet äußerste Unterdrückung der Arbeiter und Annexion der Mandchurie, Befestigung weiterer Teile Chinas und insbesondere die Durchführung einer Intervention gegen die Sowjetunion.

Wie die Telegraphen-Agentur nach aus Tokio meldet, hat der japanische Innenminister Sozuzi den Chef des japanischen Generalstabs empfangen und hatte mit ihm eine längere Unterredung über die politische Lage. Die japanischen Militärs verlangen Aufklärung über die Politik gegenüber China, Rußland und der Mandchurie.

Falls die Regierungsbildungen in der bisherigen Weise verlaufen, dürfte das Kabinett Sozuzi aus folgenden Persönlichkeiten bestehen: Ministerpräsident und Innenminister: Sozuzi, Kriegsminister: Arai, Marineminister: Kapa, Finanzminister: Takahashi, Außenminister: Kaga.

Alle genannten Persönlichkeiten sind Mitglieder der faschistischen Organisation Kohshuho.

Offen gehen die japanischen Generale ihre kriegerischen Absichten gegen Sowjetrußland zu. Das Militärkabinett ist das Kriegskabinett, das die imperialistischen Kriegspläne, die bereits in dem berühmtesten Dokument Tanakas enthalten sind, durchführen soll. Das Militärkabinett, die Regierung aus faschistischen Generalen, soll die Arbeiterklasse durch unerschütterlichen Terror niederhalten, damit das Kriegsprogramm der Bourgeoisie durchgeführt werden kann.

In dem Augenblick, da die japanische Botschaft in Berlin den Plan der faschistischen Organisation der „Schwarzen Drachen“ zum Krieg gegen China und Sowjetrußland begrüßt, verhandelt die Brüning-Regierung mit dem faschistischen General Schleicher. Dieser Vertrauensmann Hindenburgs nahm sogar an den weiteren Beratungen über die neuen Notverordnungen teil. Schleicher und Brüning beraten zusammen die neuen Notverordnungen, die neue schwere Belastungen für die Massen bringen wird. Nazi, SPD und Zentrum hegen täglich immer unerschämter zum Krieg gegen Sowjetrußland. Noch nie war die Kriegsgefahr so drohend wie jetzt. Noch nie war die Stunde so ernst, noch nie war deshalb die Notwendigkeit ein neues imperialistisches Weltgemisch so dringend. Alle Arbeiter in den Betrieben, alle Erwerbslosen an den Stempelstellen schließen sich zusammen in roter Einheitsfront zum Kampf gegen die Vorbereitung des Krieges, zur Verteidigung der Sowjetunion. Bildet Einheitskomitees und beschließt, alle Kriegstransporte, jede Kriegsproduktion zu verhindern. Lohnraub und imperialistischer Krieg — das ist der kapitalistische Ausweg, zu dem die Bourgeoisie die faschistische Diktatur notwendig braucht. Rühret die Streik gegen die imperialistischen Kriegsvorbereiter und ihre Helfer in Deutschland.

Reichswehrdelegationen in den mitteldeutschen Rüstungsbetrieben

(Arbeiterkorrespondenz)

Vor einigen Tagen traf wieder ein größerer Transport von Reichswehrdelegationen auf der W 30 an. Es waren ungefähr 70 bis 80 Mann. Sie fuhrten und besichtigten die Munitionsherstellung. Die Kollegen im Betriebe diskutierten stark über die fortgeschrittenen und abstrakten Besuche unseres Betriebes durch Militärpersonen und ganz richtig werden die Dinge in Verbindung gebracht mit den Veränderungen in der Reichsregierung, vor allem mit dem Abschluß des Reichswehrgesetzes. Es gibt kaum noch einen Kollegen (die sozialdemokratischen und brandenburgischen Werkskassen ausgenommen), die nicht die Verschärfung der Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion leugnen. Der Militärbesuch wird uns zur größten Wadantzeit anspornen.

Jeder Kollege muß wissen, daß er auf einem entscheidenden Platz steht gegen die imperialistischen Kriegstreiber, für den Schutz der Arbeiterklasse, die Sowjetunion!

Fest steht die Streikfront der Bauarbeiter

Kampfwille der Streikenden und Solidarität der Arbeiterklasse ist stärker als die Streikbruchtaktik der Gewerkschaftsbürokraten

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Streikfront unserer Weihenfelder Bauarbeiterkollegen steht nach wie vor fest. Die Streikführerbürokratie, die elend Schiffsbruch erlitten hat mit dem Verzicht, in Versammlungen der feigenemtschaftlich organisierten Kollegen den Streikbruch zu erreichen, hat jetzt einen neuen Schwanzbruch begangen.

Als am Freitag die organisierten Kollegen ihre Streikunterstützung vom Verband holen wollten, verpönten sie einen ganz niederträchtigen Konjunktur. Es wurde ihnen keine Streikunterstützung, sondern nur Arbeitslosenunterstützung ausgesetzt, die viel niedriger ist als die Streikunterstützung!

Die streikenden Kollegen erhielten 7. März, 10. März, monatlich je nach 4,50 Mark Arbeitslosenunterstützung. Die Streikführer des Verbandes sind durch diesen Konjunktur. Die Empörung darüber ist außerordentlich groß. Der Zimmererverband zählt überhaupt keine Streikunterstützung!

Für ihn ist die wichtige Bauarbeiterfront ein „wilder“ Streik! Die Organisationsgelder werden zur Finanzierung der Kleintenden der „Eisernen Front“ gebraucht!

Die Bürokraten erhoffen durch diese Maßnahmen eine Abdämpfung des Kampfwillens. Sie wollen die streikenden Kollegen müde machen.

Die Weihenfelder Arbeiterklasse hat aber Solidarität mit den streikenden Bauarbeitern bewiesen. Es wurden bis jetzt

300 Mark gesammelt und eine Küche zur Verpflegung der Streikenden wird eingerichtet.

Beste Kreise der verlässigen Bevölkerung von Weihenfeld haben durch die Sammlung bewiesen, daß sie an dem Bauarbeitersstreik regen Anteil nehmen. Für die gesamte mitteldeutsche Arbeiterklasse muß der Weihenfelder Bauarbeitersstreik ein Ansporn sein zur Aufnahme des Kampfes gegen die kapitalistischen Ausbeuter. So wie in Weihenfeld organisierte und unorganisierte Kollegen zusammenstehen, so muß die rote Einheitsfront überall geschmiedet werden.

Erweiterung der Bauarbeiter-Streikfront in Berlin

(Eig. Meldung.) Berlin, 19. Mai.

Mit dem Berliner Bauarbeitern stehen die Steinarbeiter, die Maphakete und die Leitergerüstbauer geschlossen im Streik. Die Steinarbeiter waren bereits am Sonnabend in den Streik getreten.

Am 17. Mai haben die Leitergerüstbauer in einer gut besuchten Versammlung, in der die Kollegen von 23 Firmen anwesend waren, den Streikbeschluss gefaßt, der in die Tat umgesetzt wurde.

Die „Siegfried“-Wahlen im Feuer der Selbstkritik

k. Die Schulle der japanischen Offiziersbanditen auf den japanischen Ministerpräsidenten in Tokio, gleichzeitig mit dem weisgardistischen Attentat in Frankfurt und dem durchdringenden Alarmglocken für die gesamte Arbeiterklasse. Der imperialistische Krieg gegen die Sowjetunion wird mit aller Gewalt vorbereitet. Eine breite Mobilisierung der proletarischen Massen muß die Antwort auf die Treibereien der imperialistischen Kriegstreiber sein, damit die Arbeiterbataillone in den Betrieben und an den Stempelstellen in roter Kampfeinheit gegen die imperialistischen Kriegstreiber für den Schutz der Sowjetunion, des Vaterlandes der Arbeiterklasse, des Landes des sozialistischen Aufbaues marschieren.

Das mitteldeutsche Proletariat steht in den norddeutschen Schützengräben gegen den Klassenfeind. In Mitteldeutschland haben wir die größten und bedeutendsten Rüstungsbetriebe des deutschen Imperialismus und bedeutendsten Rüstungsbetriebe des deutschen Imperialismus. Die gewaltigen Chemiefabriken von Leuna, Bitterfeld, Bitterfeld-Wietze, die bedeutenden mitteldeutschen Braunkohlegebiete, der Mansfelder Kupferbergbau, die wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte Halle, Bitterfeld, Corbeitha um, die großen agrarischen Betriebe in den Landkreisen steigern die Bedeutung unseres mitteldeutschen Bezirks bei der Verschärfung der Kriegsgefahr ungeheuer.

Vor allen Funktionären und Mitgliedern der Partei, der KPD und den proletarischen Massenorganisationen stehen große gewaltige Aufgaben, die es mit der größten revolutionären Energie zu lösen gilt.

Die Massen gegen Faschismus, Lohnraub und imperialistischen Krieg mobilisieren, heißt es in roter Kampfeinheit wirtlich erfassen, heißt die Organisierung von Aktionen gegen die Hungermaßnahmen der herrschenden Klasse, heißt Verhinderung der Kriegsproduktion und Kriegstransporte!

Hand in Hand mit den kapitalistischen Ausbeutern arbeiten eine ganze Reihe sozialdemokratischer Weltläufer. Sie denunzieren Proletariat, sie propagieren die Kriegsproduktion, „weil sie Arbeit und Brot bringe“. Sie organisieren den Streikbruch, wenn die Arbeiter im offenen Kampfe stehen. Und dort, wo der Einfluss sozialdemokratischer Weltläufer zurückgeht, dort, wo sozialdemokratische Kollegen mit parteilichen und revolutionären Arbeitern gemeinsam kämpfen, wo die Streikbruchtaktik reformistischer Führer wirkungslos wird, dort machen die Teilnehmer der größten Anstrengungen, um mit Hilfe ihrer Betriebsführer nationalsozialistische Betriebszellen aufzubauen. Die Ausbeuter wollen sich Nazi-Streikbrechergarden züchten, weil sie um ihre Profite bangen.

Die Weihenfelder Bauarbeiter liefern das beste Beispiel, daß die rote Einheitsfront im Werden ist. Nach wie vor stehen die Bauarbeiterkollegen von sechs Baustellen geschlossen im Streik. Sozialdemokratische und Gewerkschaftskollegen sitzen in der Streikfront, und der Bürokratie gelang es nicht, den Streik abzuwürgen. Sie machte die verzweifeltsten Anstrengungen. Sie brachte alle Argumente gegen die Streikfronte der Arbeiterklasse hervor, — vergeblich!

Für die Funktionäre der Partei und der KPD muß der Weihenfelder Bauarbeiterstreik ein Ansporn sein, eine noch schärfere Werbung in der revolutionären Arbeit zu machen. Ausbau der Betriebszellen der Partei und Betriebsgruppen der KPD, Verbesserung und Vertiefung der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Anwendung der Einheitsfronttaktik. Mehr denn je ist es notwendig, rücksichtslos alle Fehler und Schwächen unserer Arbeit einer bolschewistischen Selbstkritik zu unterziehen. Es ist die Stärke einer revolutionären Partei, daß sie Selbstkritik über sich, um ihre Arbeit zu verbessern.

Was will die schon das Geistesbild der sozialistischen Presse befragen? Die SPD-Führer können nicht ausprechen, was ist. Sie müssen die Arbeiterklasse täuschen. Sie müssen politische Hoffschereitris anwenden, um ihre Politik vor ihren Anhängern zu rechtfertigen. Wir stellen die Betriebsrätewahlen auf der Grube „Siegfried“ in das Feuer der bolschewistischen Selbstkritik, weil sie uns ernste Lehren brachte.

Die Grube „Siegfried“ gehört zu den Riebeckischen Montanwerken. Sie bildet keinen im ganzen zusammenhängenden Betrieb, sondern sie setzt sich aus vier Teilbetrieben zusammen: Aus dem Tief

Weißgardistische Kriegsprovokateure morden

Gorgulows antibolschewistische Verbindungen in Europa und Fernen Osten — Enge Zusammenarbeit mit Polizei und Generalstäben — Weißgardistische Kriegsprovokateure treiben ungehört auch in Deutschland ihr blutiges Handwerk

Die Ermordung des französischen Präsidenten Doumer durch Gorgulow ist ein Schandstück auf die verbrecherische Rolle der russischen weißgardistischen Emigranten, die mit allen Mitteln einen Krieg gegen die Sowjetunion organisieren wollen. Gorgulow und seine Rat sind typisch für die Methode der imperialistischen Kriegsverbrecher und ihrer Helfershelfer in allen imperialistischen Kriegen.

Wer ist Gorgulow?

Nach dem Abtats hat der französische Ministerpräsident Tardieu, einer der besten Kriegsgegner, benutzt die schamlose Lüge verbreitet, Gorgulow sei ein Kommunist und Agent der Sowjetregierung. Sehr bald mußten selbst die überlieferten antibolschewistischen Heißblätter die Tatsache anerkennen, daß Gorgulow stets ein Todfeind des Bolschewismus gewesen ist.

Die Kollektivwirtschaft des Dorfes Sabintaja haben vor der proletarischen Diktatur der ganzen Welt erklärt, daß Paul Gorgulow, der Sohn eines Offiziers und Großgrundbesitzers des betreffenden Dorfes, sich im Jahre 1918 aktiv am Kampfe gegen die Sowjetmacht beteiligt hat.

Gorgulow hat als Offizier in den Armeen der weißgardistischen Generale Scharin, Denikin und Wrangel gekämpft.

Gorgulow in Prag

1923 kam der russische Weißgardist Gorgulow nach Prag. Dort publizierte er auf Kosten des tschechoslowakischen Staates, von dem er eine monatliche Pension von 600 Franken erhielt. Schon während seines Aufenthaltes in der Tschechoslowakei erklärte er einer Werstin Kubmilowa in Gding:

„Ich werde ich nicht nach Rußland gehen, da man mich dort erschließen würde. Doch nach drei Jahren gehe ich unbedingt dort zurück. Werden Sie es sich genau, nach drei Jahren wird es mit den Bolschewisten aus sein. Dafür lege ich meine Hand ins Feuer.“

Damals war Gorgulow also überzeugt, daß der französische Generalstab sein Versprechen eines baldigen Krieges gegen die Sowjetunion einlösen würde. Da den Weißgardisten die Sache zu langsam ging, ließen sie durch Gorgulow den französischen Präsidenten erschließen.

Gorgulow und General Miller

Seine letzte Reise nach der Tschechoslowakei führte Gorgulow mit dem weißgardistischen General Miller zusammen. General Miller ist Vertrauensmann des französischen Generalstabes und hat in dessen Auftrag wichtige militärische Missionen in der Tschechoslowakei, in Polen und Rumänien zu erledigen gehabt. General Miller gilt bei den Weißgardisten als der Generalführer im kommenden Kriege gegen die Sowjetunion. Gorgulow führte mit Miller in Prag eine längere Unterredung. Nach einer Meldung der tschechoslowakischen Zeitung „Molodnyj“ hat er mit Miller den Plan einer Vereinigung der ehemaligen russischen Offiziere in einer Kampfgemeinschaft besprochen. Gorgulow behauptet, auch persönlich an der Verwirklichung dieser Pläne teilgenommen zu haben.

Zäden zum japanischen Generalstab

Gorgulow und seine Komplizen in Frankreich, Deutschland und der Tschechoslowakei hatten enge Beziehungen zu den russischen Weißgardisten im Fernen Osten, zu jenen konterrevolutionären Generalen, die seit Jahr und Tag militärische Formationen in der Mandchurei für den

Krieg gegen die Sowjetunion bereitstellen. Das gibt die Charbiner „Weißgardistenzeitung“ offen zu. Sie schreibt:

„Das Zentralkomitee der Partei „Bauernrußland“ hat sein fernöstliches Komitee in Charbin über das baldige Erscheinen Gorgulows und den Vorstoß eines Blodes mit dieser Partei unterrichtet.“

Ueber Charbin und Mukden führten Verbindungen zum japanischen Generalstab. Auch in Paris und Berlin hatte Gorgulow persönlich Besprechungen mit Japanern über die Schaffung einer „grünen Wehrmacht“, das heißt, eines breiten antibolschewistischen Blodes im Fernen Osten gehabt.

Gorgulow und die französische Geheimpolizei

Wie wir schon vor einigen Tagen berichteten, stand Gorgulow in enger Verbindung mit der französischen Polizei. Verbindungsleute waren die beiden Weißgardisten Zolowlew und Krjutshlow sowie ein bekannter Kriegsprovokateur Burzew. Zolowlew leitete bekanntlich ein weißgardistisches Organ, das gleichzeitig in Berlin und Paris erscheinend, und wurde im April vom französischen Volkshüter in Berlin, François Poncelet, empfangen. Als eng die Verbindung der französischen Polizei mit Gorgulow und seiner Organisation war, geht aus einer Meldung der rechtsradikalen „Action française“ hervor. Sie teilt mit, daß ein Peter Krjutshlow, Sekretär der Gorgulow-Gruppe, auf Weisung Gorgulows die russischen Arbeiter und Angestellten in der Fabrik Renault zu beobachten hatte. Seine Spitzelberichte mußte Krjutshlow in zwei Ausfertigungen herstellen: eine für Gorgulow, die andere für die Nachrichtendienststelle (Abteilung Ia) der Pariser Polizei.

Plan der Ermordung war bekannt!

Der Korrespondent der „Pravda“ schreibt: „Die in der „Humanität“ veröffentlichten neuen Enthüllungen über den Fall Gorgulow bewiesen unüberlegbar, daß die Pariser weißgardistischen Kreise über die bevorstehende Ermordung Doumers im Voraus unterrichtet waren. In Moskau, ein von Weißgardisten besonders stark beherrschtes Viertel, waren Gerüchte über die Ermordung Doumers schon einen Tag zuvor im Umlauf. Die Gerüchte waren so hartnäckig, daß sich viele Leute

die Abendblätter kauften, um sich über diese Gerüchte zu informieren. Bekanntlich hatten diese im Weißgardistenverbreiteten Gerüchte ihre reale Grundlage: Einen Tag später wurde der Präsident ermordet.“

Außerordentlich sensationell ist eine Erklärung des Direktors der Pariser Gemeindepolizei Guichard, die vom englischen konservativen Daily-Telegraph mitgeteilt wird. „Darauf bestand darauf, zur Ausstellung zu fahren, obwohl ihm gesagt wurde, daß er dort nicht hingehen sollte.“ Wesswegen sollte er nicht hingehen? Es ist klar, die Pariser Geheimpolizei war über den Mord vorher informiert.

Die weißgardistischen Kriegsprovokateure in Deutschland

Gorgulow erklärte offen bei seiner Verhaftung, daß er einen „Konflikt zwischen Frankreich und Rußland“ herbeiführen wollte. Das Ziel Deutschland in den Krieg gegen die Sowjetunion zu verwickeln, verfolgen die weißgardistischen Emigranten in Deutschland unter den Augen der Buning, Seering und Grzesinski. Der Komplize Gorgulows, der weiße Emigrant Zolowlew, gab bei seiner Vernehmung auf dem Polizeipräsidium offen zu, Führer einer gegen die Sowjetunion gerichteten russischen Bauernpartei zu sein und verläßt zu haben. Gorgulows Bauernpartei mit der seinen zu vereinigen. Während der Arbeiterorganisationen verläßt werden, während Seering den roten Frontkampfbund, der die Verteidigung der Sowjetunion auf seine Fahnen geschrieben hat, verbot, schloß die weißgardistischen russischen Klubs wie die Wlga aus dem Boden. Nicht einen Finger rührt die Brüningregierung, wenn die russischen Weißgardisten ganze Militärtransporte in Deutschland zusammenstellen und nach Polen und dem Fernen Osten zum Kriege gegen die Sowjetunion entsenden.

Die Verteilung der Sowjetunion, die Verteilung des aufs äußerste bedrohten Weltfriedens, es fordert höchste Wachsamkeit und aktiven Widerstand gegen die Kriegsverbrecher, die weißgardistische Emigrantenliste und ihre Beschützer.

Meuterei in der Mandchurei-Hauptstadt

Peking, 18. Mai. Die Garnison der Hauptstadt des mandchurischen Staates Peking an der Spitze hat gegen die mandchurische Regierung eine Meuterei unternommen. Die Meuterei wurde durch japanische Militärs niedergeschlagen. 53 Soldaten sind hingerichtet worden.

Nähere Einzelheiten fehlen noch. Wie genaugenau der Freiheitsdrang des von Japan gefesselten Volkes sein, wenn in der gewiß zeitlich gestörten Garnison der Reichshauptstadt Peking eine allgemeine Revolte ausbrechen kann!

Bombay, 17. Mai. In Kalkutta kam es am Dienstag zu blutigen Kämpfen. Die Polizei wurde von der Menge umzingelt und der englische Polizeioberkommissar von Kalkutta sowie mehrere hohe Polizeibeamte verletzt.

Genosse Kusinen zum Internationalen Solidaritätstag

Genosse Kusinen begrüßt den Internationalen Solidaritätstag am 12. Juni mit folgenden Worten:

Wenn die Weltbourgeoisie gegen die sozialistische Sowjetunion den Krieg beginnt, setzt sie alles auf eine Karte. An dem Tage wird die internationale Solidarität des Proletariats aller kapitalistischen Länder darin bestehen, die ganze Kraft seiner Millionenmassen in jedem einzelnen Lande für die Durchführung einer einzigen großen Losung einzusetzen: Für die sozialistische Revolution!

Eine tatkräftige Unterstützung und Stärkung der heutigen Klassenkämpfe des Proletariats gegen die herrschende Bourgeoisie zwecks Befestigung und Ausrüstung seiner Klassenfront, um in der Situation der sozialistischen Revolution nicht nur heroisch kämpfen, sondern auch siegen zu können — darin besteht heute die höchste Aufgabe der proletarischen Solidarität. Möge die Kampfundgebung der ILL am 12. Juni wirkungsvoll dazu beitragen, um diese größte Aufgabe der Weltgeschichte Millionen Arbeitern jetzt zu eigen zu machen.

Frauen-Krieg

von Emma P. Doranberger

31. Fortsetzung Copyright by „Rote Fahne“, Berlin, 1932.

Frau Köhler überfiel mit einem Blick, was los war. Unter der Frau bildete sich eine Blutlauge. Die Hände an den Leib gepreßt, fing sie an zu schreien, unmeniglich, wie ein verdummes Tier.

„Dau schnell, Quise, hol die Besamung oder den Doktor, schnell, schnell, sie stirbt, sie stirbt unter den Händen, sie verblutet!“

Quise jagte die Treppe hinunter auf die Straße. „Wo mocht der Arzt — wo mocht die Hebamme? Schnell, schnell, da vorn am Eingangsflur — schnell, die Frau verblutet!“

Quise haßte die Straße entlang. Dabei dachte sie, das Schreien der Frau im Ohr, an den Bruder, dessen Blut die Viktoriae geblutet hatte, an Albert Reinhold, der unter dem Bajonet seines Genossen verendet war. In ihren Ohren rauschte es. Die Straße wurde rot — blutrot vor ihren Augen. Was allen Tieren färbte Blut in die Gasse, ein Strom von Blut wälzte sich die Straße entlang. Der Geländehausen riefen die erkrankten Soldaten. Der Geländehausen riefen die Kinder der letzten Gefallenen durch ihr Bewußtsein. Die kleine Silbergard Schneider stand vor ihr und sagte: Kein Brot — kein Fleisch — ich habe Hunger, Heint hat Hunger, Frisch hat Hunger und Mami auch! Sie sah die hungergeplagten und empörten Frauen im Konium, wie sie den Kontrollbeamten schlugen. Sie sah die Kapazitätslose fahren. Verwundete lagen streuend auf den Bahnen. Zerstoßene Glieder hingen in der Schmelze. Der alte, bärtige Landwurmmann im Revier in Brinn hielt seinen Beinhumpen in die Höhe und sagte schmerzlich lächelnd: Ich hab mit eine Kugel rinführen lassen — immer draußen, seit 14 in die beste Schwitze kommen. Ich hab es satt! Die Arbeiterin Rita Ball schrie den Unterehemer Bürgelge: Ich mann an! Ich nicht auf ihre Almosen! Wir haben nichts mit ihrer patriotischen Feiertag zu tun, und ihr allerhöchster Herrscher geht uns einen Dreck an! Vaterland — das ist der Geldbeutel, den

wir mit Hülsen fassen. Durch unserer Hände Arbeit, durch unseren Schweiß, unserer Hunger, unser Blut!

Quise stand im Wartezimmer des Arztes. In den Stühlen ringsum lagen sie, die ausgebleichten Frauen mit ihren Kindern, und warteten. Das enghäutige Leben, das sie führten, stand ihnen im Gesicht geschrieben. Die Rot und das Elend hatten tiefe Falten um die Augen und Mundwinkel gezeichnet. Bei ihnen hochte die Angst, Verzweiflung und Bitternis.

Im Zimmer war kein Platz mehr frei. Quise setzte sich an den Tisch. Ihre Knie zitterten. Noch immer rauschte es in ihren Ohren. Ihre Schläfen hämmerten. Möglich verschwammen die vor ihr liegenden Menschen zu nebelhaften Gestalten. Die Konturen lösten sich auf und — sie sah nichts mehr. Der Boden, auf dem sie stand, glitt ihr unter den Füßen weg, wie eine schnell rotierende Scheibe; sie sah auf dem Kopf — — und hatte das Bewußtsein verloren. — — „Na —, schliefst du?“ fragte nachher der Arzt, der in seinem weißen Kittel vor ihr stand, indem er einen mit Leder gefüllten Beutel aus unter ihre Nase hielt — „schlafst du?“ Na, kommt alle Tage vor! Zwanzig mal in jeder Sprechstunde. Macht die gute Ernährung, aber — geht schon wieder vorbei! — — Was wollen Sie denn eigentlich?“ Quise mußte sich erst besinnen. Was war denn eigentlich los, wie kam sie hierher? — — „Ja, die Frau, die Frau Schneider. Sie erob sich, noch etwas unglücklicher auf den Beinen. „Kommen Sie rasch, kommen Sie. Eine Frau verblutet, sie hat wahrscheinlich eine Frühgeburt.“

Der Arzt sah nach der Uhr. Dann wusch er sich die Hände umständlich und langsam, öffnete die Tür zum Wartezimmer und legte:

„Wer's nicht eilig hat —, morgen wiederkommen —, hin erst in einer halben Stunde wieder hier, muß einen Besuch machen!“

Die Frauen leuchteten und murmelten.

„Es ist nicht besser, man schick sie ins Krankenhaus?“

fragte Mutter Köhler den Arzt, der sich laut und räusperte in der Röhre unter der Wasserleitung wieder die Hände wusch.

Kopfschüttelnd war er aus dem Zimmer getreten, in das Mutter Köhler mit Hilfe der Nachbarin die jammende Frau gestroht hatte.

„In's Krankenhaus?“ wiederholte er, „ne, da ist jetzt kein Platz, liegt voller Soldaten, das ganze Bürgerhospital nur oben bis unten.“

„Aber wir können sie doch nicht hierbehalten, im dem Zimmer schlafen meine Kinder.“

„Wieso, wo schläft die Frau denn sonst?“

„Sie mocht doch im Nebenhaus, ist doch nur unsere Nachbarin! — Ist hierher gekommen, und da ist es passiert. Wenn man sie hinübergeschafft, hat sie doch niemanden, der sich um sie kümmert. Im Gegenteil, da sind drei kleine Gebrüder von eins, zwei und drei Jahren, die auch vermagt werden müssen.“

Der Arzt sah erkaunt auf, wiegte den Kopf und sagte: „Das ist allerdings etwas anderes, da kann man ja auch die Verteilung verstehen. — Der Mann ist im Arica, was?“

Frau Köhler nickte.

„Na, ich werde sie abholen lassen!“

Er verabschiedete sich.

Frau Schneider wurde nicht abgeholt. Der Arzt kam am anderen Morgen, suchte bedauernd die Wunden und sagte: „Kein Platz da. Alles überfüllt. Lassen Sie die Frau noch ein paar Tage hier, ich hoffe, dann im Wundenzustand etwas freimachen zu können.“

Wenige Tage und vier Nächte lag die Frau, jammerte und lächelte. Die Kinder, nach denen sie immer fragte, hatte die Nachbarin zu sich genommen.

„Es geht ihnen gut“, beruhigte Mutter Köhler, sie haben zu essen und zu trinken; wir sorgen für alles, wir finden nur keine Stomatzen und keine Milchfrauen mehr.“

Frau Schneider weinte. „Es ist alles aufgebraucht — schon vierzehn Tage im Voraus. Was soll ich machen? Darum kommt ich auch nicht über's Herz bringen, noch ein Kind in die Welt zu legen. Jedes Jahr eins, immer wenn Johann auf Urlaub kam!“

„Aber was haben Sie denn gemacht? Sie wären ja bald verblutet, das hätte Ihnen das Leben kosten können!“

„Ich wußte mir keinen Rat mehr. Ich habe alles versucht, kalte und heiße Fußbäder, mit Seifenwasser und Aflor gelbrigt, Tropfen und Witten geschluckt, die so bitter wie Galle waren. Es hat nichts geholfen. Da bin ich eben zu dem Alten am Perleweg gegangen. Der macht es gut, hat mal mir gesagt und billig, der hat schon jahrelange Erfahrung.“

Er hat eine Nobelgenade, die vorher an der Spitze von gebogen war wie eine Halmadel!“

Fortsetzung folgt.

Rund um den Erdball

Auf dem brennenden Schiff

Die meisten Passagiere vom Sowjetdampfer gerettet — Schreckensszenen auf dem Schiff

Paris, 18. Mai. Die Zahl der Opfer, die die Katastrophe des Schiffes „George Philby“ erfordert hat, liegt noch immer nicht genau fest. Man schätzt, daß ungefähr 115 bis 125 Menschen umgekommen sind. Die Katastrophe wäre eine fürchterliche gewesen, wenn nicht rechtzeitig der Sowjetdampfer erschienen wäre, der 420 Passagiere und Mannschaften übernommen hat.

Ein großer Teil der Überlebenden wurde nach Wien gebracht. Diese schildern jetzt die fürchterlichen Szenen, die sich in der Nacht während des Brandes auf dem Schiff abgespielt haben. Die Frauen, deren Kleider in Brand geraten waren, sind wahnhaftig vor Schmerz ins Meer gesprungen und dort ein Raub der Haisfische geworden. Viele sind während der Umbootung ins Wasser gefallen und ertrunken.

Ueber die Ursachen des Brandes widersprechen die Meldungen einander. Quersf hieß es, daß der Brand im Gepäckraum ausgebrochen wäre. Jetzt wird seitens der Schiffsgesellschaft die Behauptung aufgestellt, daß der Brand durch einen Kurzschluß in einer Kabine 1. Klasse entstanden wäre. Das Wahrscheinlichste aber ist, daß der Brand infolge Explosion der Munition,

die der Dampfer aus Frankreich nach Japan mitgeführt hat, entstanden ist. Auf jeden Fall steht fest, daß infolge des Munitionstransportes seitens der Schiffsgesellschaft Menschenleben aufs Spiel gesetzt wurden.

Seit dem Untergang der „Titanic“ vor zwanzig Jahren — wenn man von der Versenkung unzähliger Schiffe und der Vernichtung hunderttausender Menschenleben zu Meer während des Krieges abliest — ist das die größte Schiffskatastrophe.

Schreckensszenen auf der Donau

Wien, 18. Mai. Auf der Donau bei Ybbs spielte sich gestern nachmittag eine Schreckensszenen ab. Als nämlich der Dampfer „Wien“ bонаabwärts sich der Station Ybbs näherte, kam ihm ein Raddelboot, in dem zwei Frauen saßen, so nahe, daß es von den Schaufeln des Rades erfasst und geschnitten wurde.

Die beiden Frauen fielen ins Wasser, konnten sich aber an den Trümmern ihres Bootes festhalten, bis sie in das Rettungsboot, das der Kapitän des Dampfers sofort auslegen ließ, aufgenommen werden konnten. Die Schuld an dem noch glücklich abgelaufenen Unfall tragen die Paddlerinnen.

Feuer auf einem Hamburger Leichter

180 Ballen Baumwollwolle in Brand

Hamburg, 17. Mai. Am Pfingstmontag gerieten im Hamburger Hafen auf einem Leichter Baumwollballen in Brand. Der Dampfer „City of Hamburg“ hatte beim Schuppen 85 Zuder und Baumwolle geliegt. Der Leichter „Mithras“ von der Deutschen Seeverkehrs- und Handelsfirma AG. Hamburg hatte 187 Ballen Baumwolle übernommen und lag noch längs des Dampfers, als plötzlich dicke Rauchwolken aus dem Laderaum des Leichters drangen. Die sofort alarmierte Feuerwehre griff den Brand vom Lande und vom Wasser her mit vier Schlauchleitungen an und konnte nach mehrstündiger Lößstätigkeit des Feuers Herr werden. Ein Teil der Ladung wurde gerettet. Die Entstehungsurache des Brandes ist unbekannt.

Explosion — Vier Tote, ein Schwerverletzter

Warschau, 18. Mai. Am gestrigen Dienstag fanden Sitten in der Nähe einer Eisenbahnbrücke eine größere Dynamitpatrone, die explodierte, als sie daran herumhantierten. Vier Burschen im Alter von 18 bis 22 Jahren wurden auf der Stelle getötet. Ein fünfter ist durch schwere Verletzungen davon. Im Krankenhaus mußten ihm beide Arme abgenommen werden.

Erdbeben auf Celebes

London, 18. Mai. Infolge eines Erdbebens in dem Manado-Bezirk auf der Insel Celebes sind fünf Personen getötet und über 20 Personen schwer verletzt worden. Etwa 150 Häuser sind eingestürzt. Mehrere Kirchen wurden schwer beschädigt.

London, 18. Mai. Weitere Berichte über das Erdbeben auf Celebes besagen, daß der Katastrophe an meisten Stellen sieben Personen getötet. Etwa 600 Häuser stürzten teils ein oder wurden schwer beschädigt.

Am Schauplatz der Unwetterkatastrophe an der Mosel



Die Trümmer der niedergedrissenen Häuser

Durch die anstürmenden Wassermassen wurden vier Häuser in Gölz niedergedrissen — mehrere Personen wurden von den einstürzenden Mauern erschlagen.

Sich und die Kinder vergiftet

Königsberg, 18. Mai. In dem ostpreussischen Städtchen Wehlrad hat sich eine entsetzliche Familientragödie zugetragen. Die Frau eines Bäckereimeisters vergiftete sich und ihre Kinder im Alter von 9 bis 16 Jahren mit Gas. Der Mann hatte eine Festlichtleuchte beauftragt, von der er gegen Morgen zurückkehrte. Er fand die Frau und die Kinder tot auf. Es liegt einwandfrei Selbstmord vor.

Vier Brüder ertrunken

Ein erschütterndes Familiendrama spielte sich am Pfingstmontag in der Nähe des jütischen Städtchens Warde ab. In einer Arbeiterfamilie war das neunte Kind getauft worden. Die ältesten vier Knaben im Alter von 17 bis 10 Jahren unternahm nach dem Fest eine Bootfahrt, von der sie nicht zurückkamen. Wenigstens wurde das Boot gefentert aufgefunden. Die vier Brüder wurden später als Leichen geborgen.

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Warum verbrennt uns die Sonne?

Wie schützt man sich vor Schädigung?

Daß die Sonne, die uns zu Pfingsten so herrlich vom blauen Himmel herunterstrahlt, manchen Menschen keine ganz ungeteilte Freude bereitet, haben sicher viele von uns erfahren. So wichtig und gesund die Sonnenstrahlung ist, wenn man sie richtig und schonen auf die Haut einwirken läßt, so schädlich, ja direkt lebensgefährlich kann sie sein, wenn man überreißt. Die wenigsten Menschen zur vertragen, in weniger Augen, zumal, wenn sie nicht daran gewöhnt sind, eine länger als eine Stunde dauernde Einwirkung der Sonnenstrahlen. Die wässrige Wärme, die zunächst dadurch erzeugt wird, geht bald in ein unangenehmes Hitzegefühl, schließlich in Jucken und Brennen über. Jede Reizung der Haut ist äußerst schmerzhaft, die Haut ist hochrot, geschwollen und von den Absonderungen der Talgdrüsen und vom Austritt von Gewebeflüssigkeit dauernd feucht. Wird auch jetzt noch nicht ein schätlicher Platz aufgelacht, so kann es zur Bildung richtiger Brandblasen kommen, bei denen die obersten Hautschichten durch Austritt von Blut und Gewebeflüssigkeit von den unteren Hautpartien getrennt werden.

Wenn es sich nur darum handelt würde, daß der sonnenverbrannte Mensch ein paar Tage lang erhöhte Temperaturen, Fieber, Schüttelfrost, Kopfschmerzen, Schwinden hat und vielleicht auch noch eine Halsentzündung dazu bekommt, so wäre das ja an sich nicht so schlimm. Nach einiger Zeit beginnt sich schließlich die Haut zu heilen und eine frische, gekräunte Hautschicht kommt zum Vorschein. Fiebel und Mitleid sind infolge der feimtötenden Kraft der im Sonnenlicht vorhandenen unsichtbaren ultravioletten Strahlen verschwunden.

Und damit ist wir zur Kernfrage von Mitleidlichkeit oder Schädlichkeit der Sonnenstrahlen gelangt. Die ultravioletten Strahlen, die im Gebirge, das ja um einige tausend Meter der Sonne näher liegt und eine viel dünnere Luftschicht aufweist als die Tiefebene, sehr viel intensiver wirken, haben die Eigenheit, durch die Haut tief in das Innere des Körpers einzudringen. Sie lösen auf ihrem Wege Krampfkrämpfe und Erreger aller Art, weil diese ihnen gegenüber besonders empfindlich sind, und stellen gleichzeitig einen starken Reiz für das Zentralnervensystem und vor allem für die blutbildenden Organe dar. Deshalb verwendet man ja auch bei nervösen und blutarmen Menschen künstliche Höhenstrahlung zu Kräftigungszwecken.

Wird aber nun dieser Reiz übergriffen, so kommt es zu einer Schädigung in allen Fällen, die vorher günstig beeinflusst wurden. Benommenheit, Schwindel, Uebelkeit, Brechreiz, ja, vorübergehende Bewußtlosigkeit nach einem längeren Sonnenbade sind auf diese Wirkung der ultravioletten Strahlen zurückzuführen. Der Körper kennt die Gefahr, die ihm von seinen des Sonnenlichtes droht, und beantwortet die Strahlenwirkung mit einer Braunfärbung. Ein tiefbrauner Farbton, das Melanin,

Ultrakurzwellen hellen Krankheiten



In einer Berliner Klinik hat man erfolgreiche Versuche mit der Behandlung von Krankheiten durch Ultrakurzwellen gemacht. Es handelt sich hierbei um die aus der Radiotechnik bekannten Herzchen-Schwingungen — elektrische Wellen mit einer Länge von 10 bis 15 Metern. Unser Bild zeigt die Behandlung einer Patientin mit dem Ultrakurzwellenapparat: die Wellen durchdringen die Gehirnrinde und beeinflussen die Blutgefäße des Gehirns, so daß Kopfschmerzen bereits nach kurzer Zeit behoben werden.

Ein Arbeiter erschossen

weil er ohne Licht fuhr

Nachen, 18. Mai. Auf holländischen Gebiet auf der Landstraße bei Geenenbicht wollte ein Gen darm einen Bergmann anhalten, der mit seinem Fahrrad die Straße ohne Licht befuhr. Als der Bergmann auf zwei Warnungsrufe nicht anhielt, schoß der Beamte auf den Bergmann, der sofort getötet wurde. Bei dem Erschossenen handelt es sich um einen 47jährigen Witwer, Vater von neun unmündigen Kindern. In der Bevölkerung des lumburgischen Grenzgebietes herrscht über das Verhalten des Beamten große Empörung.

Dieser Vorfall bedarf keines Kommentars. Leicht geht der Schuß los, wenn es gegen Arbeiter geht.

wird aus den tieferen Schichten der Haut, wo es vorgebildet lagert, an die Oberfläche befördert. Die ultravioletten Strahlen finden in ihm ein stark wirkendes Filter, durch das sie nur noch sehr geschwächt durchdringen können. Der Mensch wird braun. Bei Völkern, die ihr ganzes Leben lang der heißen Sonne ausgelegt sind, vorzugsweise also in den Tropen, ist dieses Pigment in sehr viel größeren Mengen in der Haut enthalten. Hieraus erklären sich alle die bei den Menschenrassen vertriebenen Färbungen der Haut vom bläulichen Weiß bis zum dunkelsten Schwarz.

Will man die Sonne zum Vorteil des Körpers ausnutzen, so muß man den Prozeß der Braunfärbung, der außerordentlich langsam vor sich geht, dadurch unterstützen, daß man sich allmählich ihren Kraft und Gesundheit spendenden Strahlen aussetzt. Besonders ungesundmäßig, wenn auch in Folge des immer unertäglicher werdenden Hitzegefühls verhängnisvoll, sind häufige kalte Bäder. Abgesehen davon, daß der erhitzte, schweißtriefende Körper so rasch an seiner Oberfläche abgekühlt wird, daß durch das plötzliche Herausdrängen großer Blutmengen aus den ruckartig sich zusammensiehenden Hautgefäßen in die noch nicht abgekühlten und weiten Blutgefäße im Inneren des Körpers die Gefahr eines plötzlichen Schocks oder gar eines Gehirnslages besteht, wirkt das kalte Wasser auf die entzündete Haut auch nur momentan kühlend. Niemand kann sich so rasch abtrocknen, wenn er es, was ja häufig gar nicht geschieht, überhaupt tut, als daß nicht doch größere Mengen Wassers in die geschwollene, hochrote Haut eindringen können. Und Wasser ist für den Sonnenbrand, noch dazu, wenn dann weiter Sonne auf den Körper einwirkt, ganz besonders ungesund.

ist man schon einmal verbrannt, so soll man schleunigst in den Schatten gehen, den Körper vorsichtig mit Kartoffeln, Meizen- oder Reismehl einpulvern und nur, wenn eng umgrenzte Brandstellen vorhanden sind (z. B. Ausschlag eines Badeanzuges), feuchte Umschläge mit Weiswasser, Borwasser oder verdünnter essigsaurer Tomerde anwenden. Die meisten Menschen werden ja einen Sonnenbrand in kurzer Zeit ohne weitentliche Schädigungen leicht überleben. Besonders blasse, rotblonde Menschen, die auf jeden Sonnenstrahl mit einer schmerzhaften Rötung der Haut reagieren, müssen sich aber unbedingt vor der Sonne schützen. Bei ihnen fehlt der Hautfarbstoff ganz oder doch zum großen Teil, und damit die natürliche Wehr des Körpers gegen die ultravioletten Strahlen. Schwere Erkrankungen der Atmungsorgane und des Nervensystems, ja gelegentliche Todesfälle können vermeiden werden, wenn jeder sich vor allzuheftigem Sonnenbrand in acht nehmen würde.

Dr. Swienty.

Verantwortlich: Alfred Fendrich, Berlin

Aus der Arbeit der K.G.O.

Unter der Krone der Deuna-Sozialisten

U. S. In den Deuna-Gebieten wurde dank der Betätigung der Sozialisten eine sogenannte Handhabung in Angriff genommen. Erwerbslose erhielten ein Stück Land, um ein „eigenes Heim“ auf „eigener Scholle“ zu errichten. Die wohlgenährten und gutbezahlten SPD-Führer nährten nach Möglichkeit die Illusionen vieler verwerflichen Erwerbslosen. Der SPD-Landrat Bähnig trat den ersten Spatenstich zur Siegelung. Dann heißt es schließlich den Spaten befehlen.

Seit haben vier Geister die Arbeit niedergelagt. Sie sind dahintergekommen, daß die SPD-Projekte nichts anderes als weitere Auspöcherung bedeuten. Eine Wohnung sollte erst 7,85 Mark, dann 18 Mark und dann 25 Mark Miete im Monat kosten.

Die Kampfleiter wurden durch Arbeitsdienstpflichtige des Deuna-Gebietes bei der Arbeit unterstützt. Der kam es vor, daß sie sich bei Regentagen in der Baubude unterstellten. Der Kranz

Hast du schon einen Abonnenten gewonnen?

effekt war, daß der sozialistische Gemeindevorsteher Mödersheim eine Bekanntmachung herausbrachte, daß sich niemand in der Baubude aufhalten habe. Wer bei dem „freiwillig“ übernommenen Arbeitsdienst sich nicht in jeder Form dem Aufsichtspersonal füge, besäme seine Sonderunterstützung mehr durch die Gemeindefürsorge als auf der Hand, daß der schwächliche Arbeitsdienst in Arbeitsdienstpflichtigen im wahren Sinne des Wortes besteht.

Gegen die Handhabung und gegen die Arbeitsdienstpflicht gilt es alle Kräfte im Deuna-Gebiet mobil zu machen. Kämpft unter Führung der kommunistischen Partei gegen den Abbau der Unterstützung, kämpft für ein freies sozialistisches Deuna-Gebiet! Nur das bringt Arbeit und Brot für alle!

Post von „Walters Hoffnung“

Ein parteiloser Bergmann schreibt: „Erlaubt uns den Ausbau der RGD-Betriebsgruppe“

U. S. „Uns ist es früher noch schlechter gegangen. Der Lohn, den wir nach Hause brachten, reichte kaum für trockene Brot, höchstens noch für ein Stück Margarine. Das sind die Neben, die auf „Walters Hoffnung“ von einigen reformistischen Gewerkschaftsfunktionären in Betriebe immer wieder verpackt werden. Ein parteiloser Kumpel hat einem Betriebsrat gemurmelt: „Na, das ist aber ein schlechter Trost. So weit haben wir es unter Führung der Gewerkschaftsbürokraten gebracht.“

„Ach, das versteht du nicht“, war die einzige Antwort, die der Betriebsrat zu geben mußte —

Wir kumpeln verstehen das schon. Wenn der Direktor Bauer lobend hervorhebt, daß man keine Knappensorgen mehr brauche, daß die Gewerkschaften sehr verständig und zuverlässig seien, dann sagt das uns genug.

Es ist die glatte Befähigung für das gute Zusammenarbeiten der Gewerkschaftsführer mit den Grundbesitzern. Mit Hilfe der Gewerkschaftsbesonnen haben die Ausbeuter stets ihre Schanzspitze durchsetzen können.

Im Dezember 1931 wurde die Grube „Kupferhammer“ gänzlich stillgelegt. Der sozialdemokratische Regierungspräsident von Harnack gab die Genehmigung dazu, derselbe Mann, der immer noch den vornehmsten Teil der Gewerkschaften und der SPD spricht, wenn er die „Arbeitsbeschaffung“ meint. Die Stilllegung der Grube „Kupferhammer“ war ein großes Mähdorn. Es war eine Auspöcherung, weiter nichts. Der Betriebsrat von „Kupferhammer“ tat nichts das Geringste, um die Belegschaft zu mobilisieren.

Am 12. Februar dieses Jahres wurde die Grube „Walters Hoffnung“ zum Teile stillgelegt. Viele Kameraden wurden um den Lebenslohn gepöbeln. Der reformistische Betriebsrat hätte gar keinen Segen zur Auspöcherung und zur Entlassung aller Kameraden der roten Einheitsliste. Auch ältere Bergleute, die nicht mehr so mitkommen, flogen auf das Straßenlaternen. Zufrieden schmunzelte der Sozialist Schneider, daß alles so glatt ging.

Am 15. Februar wurde dann die Grube „Kupferhammer“ wieder in Betrieb gesetzt. Die zuverlässigen Arbeiter von „Walters Hoffnung“ gingen hinüber. So war die Sache abgetarnt!

Und was ist jetzt bei uns auf „Walters Hoffnung“ los? Eine elende Antireform herrscht vor und die noch für erbärmlich zum geringsten. Ich bin sehr kommunistisch und ich habe bisher geglaubt, daß man den „besonnenen“ reformistischen Kollegen unredlich tue, wenn man sie für unter elendes Los mit verantwortlich macht.

Die Verhältnisse haben mich eines besseren belehrt. Das, was die Gewerkschaftsbürokraten und was ein Räuber tut, sind Betrug und Ausbeutung. Ohne Kampf können wir nichts erreichen. Wir brauchen auf „Walters Hoffnung“ eine rote Führung! Kameraden, erlaubt uns jetzt den Ausbau der RGD-Betriebsgruppe!

Der 14. Verbandstag der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten

Wie sich die Verbandsbürokratie die Zeit vertreibt

In einer Zeit, in der die Unternehmer einen Vorstoß nach dem anderen auf die Löhne und sozialen Bestimmungen des Manteltarifes mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie unternommen, die bei jeder erneuten Lohnverfälscherung wieder an eine Mobilisierung der Betriebe, noch viel weniger an einen ernsthaften Kampf denken, trafen sich in Dresden die „Delegierten“, welche fast ausnahmslos Gewerkschaftsbeamte sind, zum 14. Verbandstag der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehaus-Angestellten im neuerrichteten Volkshaus zu Dresden (dazu werden die Mietbeiträge benutzt), um angeblich einen Ausweg aus der Krise aufzuzeigen. Aus den Betrieben war wohl kein Delegierter anwesend. Die Berliner Delegierten z. B. setzten sich zusammen aus Burke, Wehrhau, Schneider usw., also alles langjährig angestellte Bonzen. Den Berichtspräsidenten wäre auf jeden Fall die Aufmachung des Verbandstages zu sehr ins Auge gefallen. Die meisten Tage wurden mit Festveranstaltungen, Malausstellungen, Dampferfahrten nach Pillnitz und Treffen im Dresdener Ratsweinwiese ausgefüllt. Die eigentliche Tageskonferenz setzte sich nur auf wenige Stunden, in welchen hauptsächlich über die Verbandsangelegenheiten (die Kollegen wissen ja, wie es in Wirklichkeit damit aussteht), hauptsächlich beschliefen, er sich mit dem jetzigen Verbandsrat, der ihm angeblich die Mitglieder feindlich die Stewards wußt, und dem Gesamtverband erließ. Soz. erklärte wörtlich:

„Der erste Verhandlungstag brachte den Bericht des Verbandsvorsitzenden z. B. über die „Erfolge“ der Verbandsbürokratie in Bezug auf die Beibehaltung der Holzpreistunde, sowie auf die Einstellung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung hervor (die Kollegen wissen ja, wie es in Wirklichkeit damit aussteht). Ausdrücklich beschliefen, er sich mit dem jetzigen Verbandsrat, der ihm angeblich die Mitglieder feindlich die Stewards wußt, und dem Gesamtverband erließ. Soz. erklärte wörtlich:

„Der Kollege Schumann vom Gesamtverband bildet sich viel darauf ein, daß er den ersten Tarif für Stewards usw. damals geschaffen habe. Wir werden aber dafür sorgen, daß diese Mitglieder in Zukunft von uns ersetzt werden.“

Aus zwei Orten sei Soz. mitgeteilt worden, daß die Mitglieder die Einstellung der Mietbeiträge vorgenommen hätten mit der Begründung, die Nazis kämen (sonst an die Regierung und dann habe die Zahlung doch keinen Zweck mehr. Das sind die Folgen der arbeitgeberfeindlichen Politik der Soz. und Co. Dann folgte der Kassenbericht des Hauptkassierers Altmann, über den die Dresdener sozialdemokratische „Volkzeitung“ selbst schreibt, „der Kassenbericht brachte erschütterndes Zahlenmaterial“. Der Kassenbericht ging von 456 000 auf 310 000 Mark zurück, die Mitgliederzahl von 30 000 auf 28 000.

Altmann führte aus, er könne die Ortsveranstaltungen, die von guten Genossen geleitet würden, nicht verstehen, daß sie überhaupt Anträge annehmen ließen, die finanziell die Zeitung belasteten. Es könne keine Rede davon sein, daß derartige Anträge vom Kongress angenommen würden. Auch der 2. Verhandlungstag brachte nichts Wesentliches. Larnow, Vorstandsmitglied des RGD, brachte ein Referat über die kapitalistische Krise in der bekannten Linie der RGD-Merger des Kapitalismus. Es gab keinen Frieden auf der ganzen Welt, schwindelte Larnow, der nicht von der Krise erpöckelt sei (die Komjunion scheint für vielen Bonzen nicht zu bestehen). Referat über die kapitalistische Krise in der bekannten Linie der RGD-Merger des Kapitalismus. Es gab keinen Frieden auf der ganzen Welt, schwindelte Larnow, der nicht von der Krise erpöckelt sei (die Komjunion scheint für vielen Bonzen nicht zu bestehen).

Die Kollegen und Kolleginnen des Galkhaus-Gemeindefusses mußten ernten, daß die ausgereichten Bonzen, welche sich in Dresden zur Tagung zusammengefunden haben und welche diese Tagung dazu benutzen, um Vergnügungen und Dampferfahrten zu veranstalten, keine Verbesserung ihrer Lebenslage herbeiführen werden. Die Berliner erwerbslosen Galkhausangehörigen haben ja den besten Ansehungsunterricht durch das in der Tagung am Nachweis spontaner Promenaden erhalten. Das ist das wahre Gesicht dieser Arbeitervertreter und den erwerbslosen Kollegen und Kolleginnen bringt der Tarifvertrag jetzt wiederum eine Vertiefung ihrer Misere. Die Kollegen müssen erkennen, daß sie in geschlossener roter Einheitsfront gegen jegliche Verschlechterung ihrer Lebenslage antämpfen müssen.

Die siegreiche rote Einheitsfront

Siegreicher Bauarbeiterstreik in Hamburg

In der Baustelle Wasserfagen, Stadtteil Hamm, stellte die Belegschaft am Sonnabend morgen dem Unternehmer das Ultimatum, entweder den bisherigen Lohn zu zahlen oder aber die Arbeit einzustellen. Der Unternehmer weigerte sich, darauf einzugehen. Die Arbeiter beschlossen, die Arbeit zu unterbrechen. Nachdem der Unternehmer verzweifelt versucht hatte, die Baustelle mit Hilfe der Polizei mit Streikbrechern zu besetzen, bewilligte er nach zwei Stunden die Forderungen der Belegschaft, nachdem er sich der Unternehmer verpflichtet, zwei Streiktagen zu bezahlen. Die Forderung auf den Baustellen über den ungeschiedlichen Schiedsspruch, der am Freitag gefällt wurde, ist sehr groß. Auf einigen Baustellen haben die Arbeiter bereits beschlossen, den durch Schiedspruch gefällten Lohnabzug nicht hinzunehmen. Anfragen der Kollegen des Bauernereines bei den Führern der Gewerkschaften ergaben, daß der Gesamtverband sich für die Forderung eines Kampfes der Bauarbeiter gegen die Herabsetzung des Lohnes zu unterstützen.

Arbeiterinnen kämpfen erfolgreich unter RGD-Führung

Der Streik der Sadfikerinnen der Firma Groß in Bremen, der von der RGD geführt wurde, hat mit einem starken Teilerfolg der Streikenden geendet. Die Hauptforderung, Zahlung eines Grundlohnes, wurde erzwungen. Bekanntlich arbeiteten die Frauen nur im Afford, ohne einen Garantie Lohn zu erhalten und bekamen dadurch oft nur 8-14 Mark ausbezahlt. Durch die Erzwingung eines Grundlohnes von 40 Pfennig pro Stunde wurde nicht nur der geplante Lohntaus von 33,3 Prozent abgemindert, sondern ein Garantie Lohn von 16 Mark pro Woche (40-Stunden-Woche) gefordert.

Volter Streiterfolg der Gartenbau-Lehrlinge in Ahlem

Der Streik der 40 Lehrlinge in der israelitischen Gartenbauschule in Ahlem konnte gestern nachmittag mit einem vollen Siege beendet werden. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Zwangungen durch die entschlossene Haltung der Lehrlinge und unter dem Druck der Öffentlichkeit lagten Direktion und Kuratorium die Erfüllung der Forderungen der Gartenbauschule nach.

Die Lehrlinge erklärten, daß sie bei dem geringsten Versuch der Direktion, die Zuführungen in der Praxis auch nur im kleinsten

Erwerbslose kämpfen gegen Zwangsarbeit

In Odra (Danzig) stehen seit dem 27. April über 1300 Arbeitslose im Streit gegen Pflichtarbeit. Die Erwerbslosen, die die Durchführung der Zwangsarbeit bereits einmal abgelehnt hatten, führten am 7. Mai eine große Demonstration vor dem Rathaus, wobei ein Arbeiterlose niedergebrosen und ein Polizeibeamter verletzt wurden. Unter dem Druck der wütenden Bevölkerung ließ der SPD-Bürgermeister die Pflichtarbeit einstellen. Am 12. Mai verlor die SPD-Mehrheit erneut die Durchführung der Pflichtarbeit, ließ jedoch wiederum auf den geschlossenen Widerstand der Erwerbslosen. Die Erwerbslosen sind entschlossen, die entgeltliche Abschaffung der Zwangsarbeit durchzusetzen.

Die „Neutralität“ der Imperialisten

Die Bourgeoisie unterstützt den japanischen Raubkrieg mit Zants, Bomben und Giftgasen aus allen kapitalistischen Ländern.

Der japanische Imperialismus kann sich bei seinen kriegerischen Vorberreitungen gegen die Sowjetunion auf die materielle Hilfe der gesamten kapitalistischen Welt stützen. Das zeigen die Zentren der Kriegsmaterialienlieferungen der verschiedenen kapitalistischen Staaten an Japan. In der letzten Zeit stärksten Umfang annehmen.

So melden englische Blätter, daß allein in den nächsten Wochen 20 bis 30 Schiffsladungen Munition von England nach Japan gehen werden. Die Stoba-Werte in der Tschichowowoff, die dem französischen Schneider-Grausot-Konzern gehören, haben laut Verträgen der englischen Presse in den letzten Jahren Mengen von nichtigen der englischen Presse in Japan verhandelt. Aus Frankreich wurden in den letzten Tagen 20 japanische Zants und 4000 schwere Fliegerbomben nach Japan verschifft. Auch Polen nimmt an diesen Kriegsmaterialienlieferungen nach Japan teil, ebenso die Zentren der Kriegsmaterialienlieferungen haben laut Verträgen der englischen Presse in den letzten Jahren Mengen von nichtigen der englischen Presse in Japan verhandelt. Aus Frankreich wurden in den letzten Tagen 20 japanische Zants und 4000 schwere Fliegerbomben nach Japan verschifft. Auch Polen nimmt an diesen Kriegsmaterialienlieferungen nach Japan teil, ebenso die Zentren der Kriegsmaterialienlieferungen haben laut Verträgen der englischen Presse in den letzten Jahren Mengen von nichtigen der englischen Presse in Japan verhandelt.

Das ist nur ein Auschnitt aus der Kriegsmaterialienlieferung kapitalistischer Staaten, an der sich auch die Industrie der kapitalistischen Deutschland beteiligt, an den japanischen Imperialismus in der letzten Zeit. Diese Vorberreitungen zeigen, daß Japan

auf das sicherste rückt, und zwar handelt es sich nach der ganzen Lage der Dinge jetzt in erster Linie um Rüstungen gegen die Sowjetunion. Das zeigt a. a. auch das Ausmaß der Kriegsmaterialienlieferungen des japanischen Imperialismus. Die japanischen Militärstellen bereiten jetzt unmittelbar den „größeren“ Krieg als nur den gegen China vor, nämlich den Anterontionskrieg gegen die Sowjetunion. Das zeigt auch die riesige Kriegsmaterialienlieferung aus den kapitalistischen Staaten. Die kapitalistischen Staaten unterstützen den japanischen Imperialismus bei seinen Kriegshandlungen in China und bei seinen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion nicht nur in Form direkter Kriegsmaterialienlieferungen, sondern auch durch reichliche Kreditgewährung. Ohne diese finanziellen Hilfe der japanischen Imperialismus keine außerordentliche Kriegsmaterialienlieferung aus dem Ausland einzuführen. Daher muß die japanische Kriegsvorbereitung in vollem Tempo. Die Verschuldung des Staates ist allein von November 1931 bis April 1932 um 275 Millionen Yen auf 5 Milliarden angewachsen. Dazu müssen im laufenden Rechnungsjahr 1932-33 noch rund 300 Millionen Yen für den ausländischen Zinsendienst in fremden Währungen bereitgestellt werden. Dies ist ohne neue Schuldenaufnahme bei den großen Geldgebern der Welt, die den japanischen, amerikanischen und zum Teil auch bei dem englischen Finanzkapital nicht möglich. Aber angesichts der Tatsache, daß der japanische Imperialismus den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet und auch zu führen bereit ist, sind die japanischen Imperialisten sicher, daß sie Anleihen zu neuer Schuldenaufnahme ohne weiteres erhalten werden. Sie werden neue Finanzmittel dorgeliefert bekommen, auch wenn im Juli

dieses Jahres die Kapitalzurückzahlung von zwei Anleihen fällig ist. Die militärischen Operationen in der Mandchurie und in Schanghai verdrängen die Imperialisten, noch größere die heute schon unmittelbaren Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Nur mit finanzieller und durch Kreditunterstützung von Seiten der kapitalistischen Staaten kann der japanische Imperialismus diese Milliardenbeträge für Kriegsmaterialien und für den Krieg aufbringen.

Die Tatsache, daß der japanische Imperialismus die Kriegshandlungen in China und bei seinen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion die stärkste Hilfe von Seiten der kapitalistischen Staaten Europas und Americas in Form von Sendung von Kriegsmaterial und durch finanzielle Hilfe erhält, muß das Interesse der imperialistischen Amerikaner und in Bewegung legen. Diese Kriegsmaterialienlieferungen, die ein neues Völkermorden im allergrößten Umfang anrichten haben, müssen durch die Aktionen des europäischen und amerikanischen Proletariats um jeden Preis verhindert werden. Heute arbeitet die Kriegsindezie Europas und Americas für den japanischen Imperialismus. Die Tatsache zeigt, daß es im Krieg keine „Neutralen“ gibt. Der Krieg ist für die Bourgeoisie ein Geschäft und ein Ausweg aus der Krise. Morgen wird die gleiche Kriegsindezie, wenn die blühigen Ereignisse im Fernen Osten zum Anterontionskrieg gegen die Sowjetunion führen, noch intensiver arbeiten. Es ist also in jedem Fall bringendes Interesse des Proletariats, den Kriegsindustriellen in die Hände zu fallen, vor allem jetzt Sendungen von Kriegsmaterial an den japanischen Imperialismus durch Streiks zu verhindern. Das gegenwärtig der wirkungsvollste Kampf zur Verhinderung des imperialistischen Raubkriegs und der ersten Schritt zum Sturz der Sowjetunion und Sowjetjapan.

Aus der Parteiorganisation

Ein guter Aufruf zur Steigerung der Aktivität im Unterbezirk Lögau war die Parteiarbeiterkonferenz, die am vergangenen Sonntag im Lokal „Bürgergarten“ in Lögau tagte. Das Thema der Beschlüsse der Konferenz und gleichzeitig das gute Thema der Diskussion, die nach dem Bericht einlegte. Trotz der anstrengenden Arbeiten, die die Funktionäre während der drei letzten Wahlkämpfe leisten mußten, konnten sie übereinstimmend mitteilen, daß innerhalb der Parteimitgliedschaft eine prozentual starke politische Aktivierung eingeleitet hat.

Alle Delegierten machten Mitteilungen darüber, daß bei der vorläufigen Abstimmung der SPD-Partei und Sozialdemokratie sich eine gewaltige Enttäuschung nach den Wahlen breitgemacht hat. SPD- und Nazi-Arbeiter treten an die Kommunisten heran und fordern von ihnen die Antwort: Was nun?

Hilfer erklärt sich bereit, in die Regierung zu gehen, um mit den Großkapitalisten gemeinsame Sache zu machen, seine gemachten Versprechungen gegenüber den Arbeitern und dem notleidenden Mittelstand nicht einzulösen. Die SPD-Führer lassen in ihren politischen Erklärungen in- und außerhalb der Parlamente durchblicken, daß sie bereit sind, ertens in Reichens Blag zu machen dem Sozialtreue, sodann und zweitens sich einander zu erklären, zusammen mit den Nazi-Führern eine Sozialfront herzustellen, wenn letztere das kapitalistische Staatsystem genau so garantieren, wie es bisher die SPD-Propaganda getan hat.

Somit ist der Blick der wertigen Bevölkerung gerichtet auf die Politik der kommunistischen Partei, die konsequent und zielklare den Massen die Antwort gegeben hat, sich von den parlamentarischen Illusionen zu befreien, denn die Enttäuschung wird nicht gelöst in den Regierungskabinetten und dem Parlament.

An der Zusammenführung der Mehrheit des Proletariats und im außerparlamentarischen Kampf liegt der Sieg der sozialen Revolution. Die Konferenz behandelte auf dieser politischen Basis alle aktuellen Aufgaben der Partei, zu denen im ersten Tagesordnungspunkt Stellung genommen wurde.

Ausgang der Präsidents- und Kreiskonventionen und unsere Aufgaben

So lautet das Thema, zu dem der Genosse Behne (Halle) als Vertreter der Bezirksleitung sprach. Ausgehend von den Beschlüssen der Präsidentskonvention, stellte er zuerst die Mängel und Schwächen der Partei, die sich bei der Vorbereitung der wertigen Massen ergeben haben. Es ist eine Tatsache, daß bei der Zerlegung der bürgerlichen Mittelparteien und bei den großen Verlusten, die die SPD erlitt, der Partei es nur in wenigen Fällen gelungen ist, die Arbeiter und Werktätigen für den Kommunismus zu gewinnen. Große Teile der wertigen Mittelstandler sind in das Lager des Hitler-Faschismus übergegangen und haben somit die Bestrebungen der SPD erlitt, der Partei es nur in wenigen Fällen gelungen ist, die Arbeiter und Werktätigen für den Kommunismus zu gewinnen.

In ungenügender Weise die klare und eindeutige Haltung der Partei in der nationalen Frage in der Massenagitation einnahmen, um somit in der stärksten Weise die demagogischen Versprechungen und den Schwindel der Sozialtreue und ihre Stellungnahme zum Young-Plan und in der Erklärungsphase zu erklären.

Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß zwischen unserer Parteibeschließen mit ihrem konkreten Inhalt und deren Realisierung eine große Schere vorhanden ist.

Biel mehr als bisher, betonte der Genosse Behne, muß es unsere Pflicht sein, in den untersten Parteieinheiten die Beschlüsse der Kommunistischen Internationalen, des Zentralkomitees und der Bezirksleitung in den Zellen und Mitgliederversammlungen zu besprechen, eine ausgiebige Diskussion darüber herbeizuführen, politische Klärung zu schaffen, um somit die Beschlüsse lebendig zu gestalten in ihrer Anwendung zur Verbreiterung der Massenbasis der Partei. Die drei Wahlkämpfe zeigten uns, daß überall dort, wo man die Parteibeschlüsse befolgt, die Massen ausbleiben, eine stärkere Verankerung der Partei bei den wertigen Massen erstelle.

Beispiel dafür ist der Unterbezirk Zell-Weihenfeld, wo es uns gelungen ist, bei den stattgefundenen Wahlen einen Teil der SPD-Anhänger für die rote Klassenfront zu gewinnen.

Ferner zeigte der Genosse Behne an den Stimmzettelkästen in Hamburg und Berlin die stärkste Schwäche der Partei, nämlich die ungenügende Arbeit unter den Betriebsparteien. Die Parteimitglieder der roten Gewerkschaften haben es während der letzten Wahlkämpfe gut verstanden, die freigezwungenen Arbeiter mit signierten Argumenten einzulassen, um sie bewusst und bereitwillig den Interessen der Kapitalisten auszuliefern.

Offen sei auch zugegeben, daß die Praktikausarbeit in allgemeinen große Mängel aufweist und in besonderen lassen sich dieselben feststellen in der Zusammenarbeit zwischen Partei und KPD und der Tätigkeit der Kommunisten in den revolutionären Massenorganisationen. In stärkster Weise ist der Aufbau der Organisationen in den reformistischen Massenorganisationen vorzunehmen, da in ihnen Millionen von Arbeitern organisiert sind, die, wenn wir in Passivität verharren, weiterhin politisch beeinflusst werden von den sozialfaschistischen Führern.

Überall müssen wir Betriebsstellen schaffen, insbesondere in den Betrieben der Kriegsindustrie, bei der Eisenbahn und Post und den wichtigen Lebensmittelkonzernen sowie öffentlichen Betrieben.

In ihnen besitzt die SPD noch starke Positionen durch ihre Betriebsparteien. Die Parteimitglieder der roten Gewerkschaften haben es während der letzten Wahlkämpfe gut verstanden, die freigezwungenen Arbeiter mit signierten Argumenten einzulassen, um sie bewusst und bereitwillig den Interessen der Kapitalisten auszuliefern.

Stärkere Diskussion mit den SPD-Arbeitern und Nazis, das ist eine der Hauptaufgaben in der gegenwärtigen Situation.

Nachmals appellierte der Genosse Behne an die Parteiarbeiter, so zu wirken, daß die Konferenz eine Etappe in der Richtung auf den Weg der Arbeit aller Parteikräfte sein muß in der Richtung auf die Betriebe, unter der Parole:

Jeder Betrieb eine rote Burg!

An der Diskussion sprachen einige Betriebsdelegierte über die katastrophalen Zustände innerhalb der Betriebe. Zu Aktionen muß übergegangen werden. Es sprachen noch einige Genossen zu den politi-

tischen Ausführungen und appellierten in erster Linie an ein besseres Zusammenarbeiten zwischen Parteimitgliedern und Funktionären, ein Kampf, der sich mit seinen Vorläufern ganz klar herauskristallisierte. Genosse Erich Siedert richtete als Kreisleiter der roten Hilfe einen glühenden Appell an die Parteiarbeiter, das Los der inhaftierten Genossen und darüber hinaus das deren Angehörige zu verbessern. Es wurden Kartengrüße von dieser Konferenz aus an die bei uns und Stadt Lögau betreffenden inhaftierten Genossen geschrieben.

SPD-Gemeindevorsteher als Feind der Armen

„Volksbote“ verteidigt die kapitalistischen Staatsinteressen — Hinweg mit der SPD-Prese!

(Arbeiterkorrespondenz aus Webaun)

In dem Feind „Volksbote“, in dem Leib- und Magenorgan der SPD-Bürokratie, tobt sich vor kurzem der Webauer SPD-Gemeindevorsteher Schauer oder einer seiner angeworbenen Intendanten, um seine „Geistesblitze“ prüfen zu lassen gegen die Kommunisten und den „Klassenkampf“. Dem Schauer ist der Artikel im „Klassenkampf“ über die Herren SPD-Gemeindevorsteher Schauer oder einer seiner angeworbenen Intendanten, um seine „Geistesblitze“ prüfen zu lassen gegen die Kommunisten und den „Klassenkampf“. Dem Schauer ist der Artikel im „Klassenkampf“ über die Herren SPD-Gemeindevorsteher Schauer oder einer seiner angeworbenen Intendanten, um seine „Geistesblitze“ prüfen zu lassen gegen die Kommunisten und den „Klassenkampf“.

Wenn sich der SPD-Gemeindevorsteher Schauer erregt, daß die Angaben im „Klassenkampf“ über die Gelder von der Webauner-Weichenfelder AG nicht der Wahrheit entsprechen, was läge wohl näher als im „Volksbote“ die Behauptungen der KPD-Prese durch „Wahrheitsargumente“ zu widerlegen. Das wird aber unterlassen, weil sie es nicht können.

Seit wir in einige weitere Vorfälle aus der Praxis des Gemeindevorstehers anführen, um ihm somit seinen Posten noch etwas mehr anzuführen. Hat vielleicht Schauer die Sitten, abzustreiten, daß er einem Proleten, einem Tischlerkollegen und Haus-schlächter, der schon seit drei Jahren Wohlfahrtsempfänger ist und ein Schwein geschlachtet hatte, noch folgendes abgeben zu wollen: Erstens als Gehaltsverdienst 5 Mark und zumuten für erhaltenes Essen beim Schlachten 1,40 bzw. 1,20 Mark?

Dieser arbeitslose Prolet erhält nur eine Unterhaltung bei sieben Köpfen pro Tag und pro Kopf 38 Pfennig. Jedoch am Schlachttag berechnete der SPD-Gemeindevorsteher den Wohlfahrtsunterstützungssatz für das Essen mit 1,20 Mark.

Das ist eine ganz ermüdete Maßnahme seitens des SPD-Schauers. Bei Vorhaltungen über seine Maßnahmen erklärte er

Genosse Holzweilig gab noch einige organisatorische Angelegenheiten bekannt. Es kam zur Abstimmung der Frage: Beibehaltung des Parteibüros. Ein Beschluß wurde gefaßt:

„Alle Ortsgruppen verpflichten sich, prozentual der Mitgliederstärke entsprechend, sich an der Büroarbeit zu beteiligen.“

Des weiteren erklärte sich die Konferenz reiflos einverstanden, daß der Genosse Alfred Holzweilig (en. am 13. Mai 1932 eine sechs-wöchentliche Erholungsreise nach der Sowjetunion (Kaukasus) antrete.

Dem Genossen Alfred wurden heiße brüderliche Kampfesdränge an unsere russischen Genossen und Genossen übertragen. Genosse W. Rippberger verlas im Namen der Parteiarbeiterkonferenz eine Resolution mit nachstehenden 5 Punkten:

1. Die sofortige Aufhebung aller Notverordnungen.
 2. Die sofortige Aufhebung des roten Frontkämpfer-Verbotes.
 3. Die sofortige Einstellung der Herstellung von Kriegsmaterial gegen die Sowjetunion.
 4. Die sofortige Aufhebung des Verbotes des Verbandes proletarischer Freidenker.
 5. Vollkommene aller proletarischen politischen Befangenungen.
- Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem fröhlichen dreifachen „Rot Front“ wurde die Konferenz geschlossen.

gafibel, das wäre eine Verfügung und er müßte sie ausführen. Hiermit befragt sich erneut, daß die sozialdemokratischen Staats- und Gemeindefunktionäre, die als Exekutivorgane für das kapitalistische Staatsystem tätig sind, ausgeprochene Sozialfaschisten darstellen.

Ein weiterer Vorfall unterbreitet nur diese unsere politische Charakterisierung der SPD-Bürokratie. Seit fünf Wochen war ein verheirateter Arbeiter ausgespart. Für zwei Kinder erhält er monatlich 40 Mark Gehalt. Dieses Geld muß der Gemeindevorsteher bei dem Proleten, der nur für sich und seine Frau Unterstützung beantragt hatte, noch mit einbringen. Als der Kollege bei dem Gemeindevorsteher Vorwurf verlangte, da er doch von der Lust nicht leben kann, hat der SPD-Mann bereit den Antrag abgelehnt.

Nach dem energischen Auftreten des Arbeitslosen Bequeme hat SPD-Schauer, läge und schreibe 5 Mark Gehalt erhalten hätte, nachdem der Prolet schon seit 5 Wochen kein Geld erhalten hatte.

Die sozialdemokratischen Arbeiter und Anhänger können an diesem Vorgang erkennen, in welcher Weise die SPD-Staats- und Kommunalfunktionäre gegen die Vermittler der Armen vorgehen. Alle Versprechungen der SPD, die hauptsächlich bei den Wahlen gemacht werden, sind elender Lug und Trug. Sobald die Wogen in den Positionen fließen, arbeiten sie im Interesse des Profitiers der Kapitalisten zur Erhaltung ihres Staatsystems. Eine entsetzliche Brutalität ist gegen die Sozialdemokratische Partei einzunehmen, indem ihr die Proleten den Rücken kehren und sich einreihen in die revolutionäre Klassenfront, die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen aus der Wohnung werfen und nur die kommunistische Presse, den „Klassenkampf“ und das Rote Echo lesen.

Clausthal. Ein 7. Todesopfer des Autonunglücks im Hartz. Im städtischen Krankenhaus starb in der Nacht zum Mittwoch der bei dem schweren Autounfall im Hartz verunglückte Hermann Grauert aus Goslar. Damit sind dem furchtbaren Unglück bisher sieben Menschenleben zum Opfer gefallen. Einige Schwerverletzte schweben noch in Lebensgefahr.

Material zur Diskussion

An alle Parteizellen!

An alle Parteimitglieder!

Kampfmonat Mail! Ein Massensturm für

„Klassenkampf“-„Rotes Echo“! Unser Ziel:

2 000 „Klassenkampf“-Abonnenten

10 000 „Rotes Echo“-Leser

Nehmt in allen Zellen Stellung und legt eure

Werbeziele fest

Keine Zelle ohne politischen Zeitungsobmann.

Keine Zelle ohne täglichen Kampf für die kommunistische Presse.

Keine Zelle ohne Gewinnung von Betriebsarbeitern und proletarischen Lesern der Gegnerzeitungen als Abonnenten unserer Presse.

Am 28. u. 29. Mai Großwerbetage!

Schlagt die Kriegspresse der Sowjetfeinde!

Wir werben unter der Losung:

Uraliski Rabotschi — wie kämpfen!

Achtung! Die drei besten Werber fahren nach der Sowjetunion!

Verlag
Klassenkampf
Rotes Echo

Bezirksleitung
der KPD Halle-Merseburg
PZO

Planmäßige Vorbereitung

die Voraussetzung zum Erfolg der Presserwerbung

Zur Kenntnis an alle Parteimitglieder!

An Material zur Vorbereitung der Werbekampagne ist erschienen:

1. „Bolschewistischer Kurs“. Beachtet den Artikel „Unsere Zeitungen, ein Spiegel des proletarischen Lebens, der proletarischen Kämpfe“!
2. Werbefragebogen für die Monate April und Mai, der auf den UB-Konferenzen am 22. Mai durch die Leitung abgegeben werden muß.
3. Presse-Kontrollbogen für alle Zellen und Ortsgruppen, wo alle Parteimitglieder festgestellt werden, die „Klassenkampf“ oder mindestens „Rotes Echo“ nicht lesen. Die Kontrollbogen sind auf der Pressekonferenz am 22. Mai ebenfalls abzugeben.
4. Kontrollbuch für Presserwerbung für Betriebszellen (rot) und für Ortsgruppen (weiß). Dieses Buch führt der PZO gemeinsam mit dem Zeitungsträger. Die erste Werbemeldung muß bis zum 30. Mai früh beim Verlag eingehen.
5. ZK-Resolution über die Werbearbeit und die Bedeutung der politischen Zeitungsobleute. Diese Resolution geht an alle Mitglieder.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: pro Jahr monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Berghellstr. 14, Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Büro).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Einzelpreis: 10 Pf. für den mm Höhe und Breite; 1 Bl. im Zeitteil. Abonnenten: Arbeitslos bei wehrgenerale in Deutschland sind durchgängende Alarmstunde für die gesamte Arbeiterklasse. Der imperialistische Krieg gegen die Sowjetunion wird mit aller Gewalt vorbereitet. Eine breite Mobilisierung der proletarischen Massen muß die Antwort auf die Treibereien der imperialistischen Kriegstreiber sein, damit die Arbeiterkataloge in den Betrieben und an den Stempelstellen in roter Kampfeinheit gegen die imperialistischen Kriegstreiber für den Schutz der Sowjetunion, des Vaterlandes der Arbeiterklasse, des Landes des sozialistischen Aufbaues marschieren.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Donnerstag, 19. Mai 1932

12. Jahrgang Nr. 115

Brüning und Schleicher beraten Notverordnungen

Faschistischer Militärerrat diktiert in Japan

Nene Regierungsbildung in Tokio — Verstärkte Faschisierung Deutschlands — Kriegsgefahr, drohend wie noch nie

Wie aus Tokio berichtet wird, wird die Regierungsbildung demnächst nach den Forderungen der Generale erfolgen. Der bisherige Innenminister Sozumi, der mit den „Schwarzen Drachen“ unter einer Decke steht, wird verlassen, unter dem Namen eines „überparteilichen“ Kabinetts ein Militärkabinet zu bilden. Da auch verfassungsgemäß der Kriegsminister ein Offizier und vom Militärerrat ausgewählt sein muß, haben es die Generale auch formell in der Hand, jedem Kabinet, das ihnen mißfällt, den Kriegsminister zu verweigern und nur einem ihnen genehmen Kabinet einen der Generale als Kriegsminister zu stellen.

Tatsächlich diktiert der Militärerrat, der unter Führung des faschistischen Generalstabes Jengaburo steht, und es ist kein Zweifel, daß er seine Forderung nach Bildung eines Militärkabinetts faschistisch durchsetzen wird. Dieses Militärkabinet soll einen „harten Kurs nach innen und außen“ durchführen. Das bedeutet äußerste Unterdrückung der Arbeiter und Annexion der Mandchurien, Befestigung weiterer Teile Chinas und insbesondere die Durchführung einer Intervention gegen die Sowjetunion.

Wie die Telegraphen-Agentur noch aus Tokio meldet, hat der japanische Innenminister Sozumi den Chef des japanischen Generalstabs empfangen und hatte mit ihm eine längere Unterredung über die politische Lage. Die japanischen Militärtruppen verlangen Aufklärung über die Politik gegenüber China, Rußland und der Mandchurien. Falls die Regierungseinsparungen in der bisherigen Weise verlaufen, dürfte das Kabinet Sozumi aus folgenden Persönlichkeiten bestehen: Ministerpräsident und Innenminister: Sozumi, Kriegsminister: Araki, Marineminister: Kato, Finanzminister: Tatabashi, Außenminister: Nagao.

Alle genannten Persönlichkeiten sind Mitglieder der faschistischen Organisation Koshuhonpa.

Offen geben die japanischen Generale ihre kriegerischen Absichten gegen Sowjetrußland zu. Das Militärkabinet ist das Kriegskabinet, das die imperialistischen Kriegspläne, die bereits in dem berühmtesten Dokument Tanakas enthalten sind, durchführen soll. Das Militärkabinet, die Regierung aus faschistischen Generalen, soll die Arbeiterklasse durch unerhörten Terror niederknien, damit das Kriegsprogramm der Bourgeoisie durchgeführt werden kann.

In dem Augenblick, da die japanische Botschaft in Berlin den Plan der faschistischen Organisation der „Schwarzen Drachen“ zum Krieg gegen China und Sowjetrußland begrüßt, verhandelt die Brüning-Regierung mit dem faschistischen General Schleicher. Dieser Vertrauensmann Hindenburgs nahm sogar an den weiteren Beratungen über die neuen Notverordnungen teil. Schleicher und Brüning beraten zusammen die neuen Notverordnungen, die neue schwere Belastungen für die Massen bringen wird. Nazi, SPD und Zentrum hehen täglich immer unerschämter zum Krieg gegen Sowjetrußland. Noch nie war die Kriegsgeschichte so drohend wie jetzt. Noch nie war die Stunde so ernst, noch nie war deshalb die Notwendigkeit so unangenehm, daß alle Werkstätten der Professionsbewegung gegen ein neues imperialistisches Weltgemisch verfahren. Alle Arbeiter in den Betrieben, alle Erwerbslosen an den Stempelstellen schlossen sich zusammen in roter Einheitsfront zum Kampf gegen die Vorbereitung des Krieges, zur Verteidigung der Sowjetunion. Bildet Einheitskomitees und beschließt alle Kriegstransporte, jede Kriegsproduktion zu verhindern. Rohraub und imperialistischer Krieg — das ist der kapitalistische Ausweg, zu dem die Bourgeoisie die faschistische Diktatur notwendig braucht. Mittel zum Zweck gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung und ihre

Die „Siegfried“-Wahlen im Feuer der Selbstkritik

Die Schüsse der japanischen Offiziershänden auf den japanischen Ministerpräsidenten in Tokio, gleichlaufend mit dem weisgardistischen Vorkrieg in Frankreich und dem Vorstoß der Reichsgardisten in Deutschland sind durchgängende Alarmstunde für die gesamte Arbeiterklasse. Der imperialistische Krieg gegen die Sowjetunion wird mit aller Gewalt vorbereitet. Eine breite Mobilisierung der proletarischen Massen muß die Antwort auf die Treibereien der imperialistischen Kriegstreiber sein, damit die Arbeiterkataloge in den Betrieben und an den Stempelstellen in roter Kampfeinheit gegen die imperialistischen Kriegstreiber für den Schutz der Sowjetunion, des Vaterlandes der Arbeiterklasse, des Landes des sozialistischen Aufbaues marschieren.

Das mitteldeutsche Proletariat steht in den vorbesten Schützengräben gegen den Klassenfeind. Im Mitteldeutschland haben wir die größten und bedeutendsten Rüstungsstätten des deutschen Imperialismus. Die gewaltigen Chemiefabriken von Leuna, Bitterfeld, Wittenberg-Bitteritz, die bedeutenden mitteldeutschen Braunkohlengruben, der Mansfelder Kupferbergbau, die wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte Halle, Bitterfeld, Corbeitha uvm. die großen agrarischen Betriebe in den Landstrichen steigern die Bedeutung unseres mitteldeutschen Bezirks bei der Verschärfung der Kriegsgefahr ungeheuer.

Vor allen Funktionären und Mitgliedern der Partei, der KGO und den proletarischen Massenorganisationen stehen große gewaltige Aufgaben, die es mit der größten revolutionären Energie zu lösen gilt.

Die Massen gegen Faschismus, Lohnabsau und imperialistischen Krieg mobilisieren, heißt heißt die Organisierung in roter Kampfeinheit wirklich erschaffen, heißt die Organisierung von Aktionen gegen die Hungermaßnahmen der herrschenden Klasse, heißt die Verhinderung der Kriegsproduktion und Kriegstransporte!

Hand in Hand mit den kapitalistischen Ausbeutern arbeiten eine ganze Reihe sozialdemokratischer Verfallenen. Sie denunzieren Proletariat, sie propagieren die Kriegsproduktion, „weil sie Arbeit und Brot bringe“. Sie organisierten den Streikbruch, wenn die Arbeiter im offenen Kampfe stehen. Und dort, wo der Einfluß sozialdemokratischer Verfallenen zurückgeht, dort, wo sozialdemokratische Kollegen mit parteilosen und revolutionären Arbeitern gemeinsam kämpfen, wo die Streikbruchtaktik unternehmischer Führer wirkungslos wird, dort machen die Arbeiter nationalsozialistische Betriebszellen aufzusuchen. Die Ausbeuter wollen sich Nazi-Streikbrechergruppen züchten, weil sie um ihre Profite bangen.

Die Weihenfelder Bauarbeiter liefern das beste Beispiel, daß die rote Einheitsfront im Werden ist. Nach wie vor stehen die Bauarbeiterkollegen von sechs Baustellen geschlossen im Streik. Sozialdemokratische und Gewerkschaftskollegen sitzen in der Streikleitung, und der Bürokratie gelang es nicht, den Streik abzuwürgen. Sie machte die dergewöhnlichen Anstrengungen. Sie brachte alle Kräfte gegen die Streikleitung der Arbeiterseite hervor. — vergeblich!

Für die Funktionäre der Partei und der KGO muß der Weihenfelder Bauarbeiterstreik ein Ansporn sein, eine noch schärfere Wendung in der revolutionären Arbeit zu machen. Ausbau der Betriebszellen der Partei und Betriebsgruppen der KGO, Verbesserung und Vertiefung der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Anwendung der Einheitsfronttaktik. Mehr denn je ist es notwendig, rücksichtslos alle Fehler und Schwächen unserer Arbeit einer hochgewerkschaftlichen Selbstkritik zu unterziehen. Es ist die Stärke einer revolutionären Partei, daß sie Selbstkritik über sich selbst, um ihre Arbeit zu verbessern.

Was will sie schon das Geschick der sozialfaschistischen Presse besorgen? Die SPD-Führer können nicht ausprechen, was ist. Sie müssen die Arbeiterklasse täuschen. Sie müssen politische Hoffschweide anwenden, um ihre Politik vor ihren Anhängern zu rechtfertigen. Wir stellen die Betriebsrätewahlen auf der Grube „Siegfried“ in das Feuer der hochgewerkschaftlichen Selbstkritik, weil sie uns ernste Lehren brachte.

Die Grube „Siegfried“ gehört zu den Riebeckischen Montanwerken. Sie bildet keinen im ganzen zusammenhängenden Betrieb, sondern sie setzt sich aus vier Teilbetrieben zusammen: Aus dem Tief



Fest steht die Streikfront

Kampfwille der Streikenden und Solidarität der taktik der Gewerkschaftsbürokraten

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Streikfront unserer Weihenfelder Bauarbeiterkollegen steht nach wie vor fest. Die Streikbruchbürokratie, die elend Schiffsbrüche erlitten hat mit dem Verlaß, in Versammlungen der teilgewerkschaftlich organisierten Kollegen den Streikbruch zu erreichen, hat jetzt einen neuen Scheiternbereich begangen.

Als am Freitag die organisierten Kollegen ihre Streikunterstützung vom Verband holen wollten, verprügten sie einen ganz niederdrückenden Vorgesetzten. Es wurde ihnen keine Streikunterstützung, sondern nur Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt, die viel niedriger ist als die Streikunterstützung!

Die streikenden Kollegen erhielten 7 Mark, 10 Mark, manchmal sogar nur 4,50 Mark Arbeitslosenunterstützung. Die Maßnahmen sollten die Streiktraten sind direkt katastrophal. Die Empörung darüber ist außerordentlich groß. Der Zimmererverband zählt überhaupt keine Streikunterstützung!

Für ihn ist der wichtige Bauarbeiterkampf ein „wilder“ Streik! Die Organisationsgelder werden zur Finanzierung der Referenten der „Eisernen Front“ gebraucht!

Die Bürokraten erhoffen durch diese Maßnahmen eine Abdämpfung des Kampfwillens. Sie wollen die streikenden Kollegen müde machen.

Die Weihenfelder Arbeiterklasse hat aber Solidarität mit den streikenden Bauarbeitern bewiesen. Es wurden bis jetzt zirka

300 Mark gesammelt und eine Küche zur Verpflegung der Streikenden wird eingerichtet.

Breite Kreise der werktätigen Bevölkerung von Weihenfeld haben durch die Sammlung bewiesen, daß sie an dem Bauarbeiterstreik regsten Anteil nehmen. Für die gesamte mitteldeutsche Arbeiterklasse muß der Weihenfelder Bauarbeiterstreik ein Ansporn sein zur Aufnahme des Kampfes gegen die kapitalistischen Ausbeuter. So wie in Weihenfeld organisierte und unorganisierte Kollegen zusammenstehen, so muß die rote Einheitsfront überall geschmiedet werden.

Erweiterung der Bauarbeiter-Streikfront in Berlin

(Eig. Meldung) Berlin, 19. Mai.

Mit den Berliner Bauarbeitern stehen die Steinarbeiter, die Asphaltreue und die Leitergerüstbauer geschlossen im Streik. Die Steinarbeiter waren bereits am Sonnabend in den Streik getreten.

Am 17. Mai haben die Leitergerüstbauer in einer gut besuchten Versammlung, in der die Kollegen von 23 Firmen anwesend waren, den Streikbeschluss gefaßt, der in die Tat umgesetzt wurde.

